

Niederschrift
über die
Sitzung des Regionalrates
am 25. März 2004
in Drolshagen

Beginn: 09.30 Uhr
Ende: 13.15 Uhr
Anwesende: siehe Anwesenheitsliste (Anlage I)

Tagesordnung für die Sitzung des Regionalrates am 25.03.2004

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit des Regionalrates
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Benennung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Regionalrates am 11.12.2003
5. **Schwerpunktthema:**
Kommunale Daseinsvorsorge
 - 2. BerichtVorlage 01/01/04
6. Zwischenbericht der IGVP –
 - aktueller Stand des Aufstellungsprozesses für den VerkehrsinfrastrukturbedarfsplanVorlage 02/01/04
7. Förderprogramm für den kommunalen Straßenbau einschließlich des Radwegeprogramms 2003 für den Regierungsbezirk Arnsberg
 - AbwicklungVorlage 03/01/04
8. Förderprogramm für den ÖPNV
 - AbwicklungVorlage 04/01/04
9. Krankenhausinvestitionsprogramm 2003
 - AbwicklungVorlage 05/01/04
10. Stadterneuerungsprogramm 2004
 - Beratung und PrioritätensetzungVorlage 06/01/04
11. Regionale Kulturförderung 2004
 - Beratung und PrioritätensetzungVorlage 07/01/04
12. Dringlichkeitsliste „Gefährdungsabschätzung und Sanierung von Altlasten 2004“
Vorlage 08/01/04
13. 13. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes, Teilabschnitt Dortmund - östlicher Teil – (HSK/SO) im Bereich der Stadt Brilon - Erweiterung eines Abgrabungsbereiches in Bilstein –
 - AufstellungsbeschlussVorlage 09/01/04

14. 16. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes, Teilabschnitt Dortmund - östlicher Teil – (HSK/SO) im Bereich der Stadt Geseke – Regionalplanerische Sicherung des Folgenutzungskonzepts für den Kalksteinabbau
 - ErarbeitungsbeschlussVorlage 10/01/04
15. Kompetenzfelder (außerhalb des Ruhrgebietes) – Zwischenbericht
 - Mündliche Information
16. Mitteilungen
17. Anfragen

zu TOP 1: Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Regionalrates und stellt fest, dass hierzu ordnungsgemäß eingeladen wurde.

Als neues beratendes Mitglied begrüßt er im Regionalrat **Frau Schulze Böing**. Sie ist seit dem 01.03 2004 als Stadtbaurätin bei der Stadt Hamm tätig und Nachfolgerin von Herrn Möller.

Der Vorsitzende begrüßt **Herrn Hilchenbach** als Gastgeber für die heutige Sitzung.

Als Vertreterin des Ministeriums für Verkehr, Energie und Landesplanung heißt er **Frau Ministerialrätin Kötter** willkommen.

Zum Schwerpunktthema begrüßt er **Herrn Cronauge** vom Verband kommunaler Unternehmer.

Weiterhin heißt er **Frau Regierungspräsidentin Renate Drewke** und die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung willkommen.

Anschließend richtet **Herr Hilchenbach** ein Grußwort an die Mitglieder des Regionalrates.

zu TOP 2: Der Vorsitzende stellt die Tagesordnung fest.
Da Herr Thomalla vom Ministerium für Wirtschaft und Arbeit seine Teilnahme an der Sitzung für das Thema Kompetenzfelder (TOP 15) zugesagt hat, soll der TOP 15 vor den TOP 6 vorgezogen und anschließend die Tagesordnung wie gewohnt fortgesetzt werden.

zu TOP 3: Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird das Ratsmitglied **Werner Menke** benannt.

zu TOP 4: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
"Der Regionalrat genehmigt die vorgelegte Niederschrift über die Sitzung des Regionalrates am 11.Dezember 2003."

zu TOP 5: Die Redebeiträge von Frau RP'in Drewke und Herrn Cronauge zum Schwerpunktthema „Kommunale Daseinsvorsorge“ sind als Anlage II beigefügt.

Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
"Der Regionalrat des Regierungsbezirks Arnsberg als kommunales Vertretungsgremium betrachtet mit Sorge die europäischen Bestrebungen zur weit gehenden Liberalisierung der Märkte.

Der Regionalrat fordert deshalb in der europäischen Diskussion um die Leistungen der Daseinsvorsorge die Bewahrung der Gestaltungsfreiheit und die Schaffung von mehr Rechtssicherheit für die kommunale Daseinsvorsorge.

In der Ausgestaltung des Europäischen Verfassungsvertrages muss die Europäische Union die nationale Identität der Mitgliedstaaten sowie den inner-

staatlichen Aufbau und die Selbstverwaltung der Regionen und lokalen Gebietskörperschaften achten. Bei den Leistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse muss den Gemeinwohlverpflichtungen gegenüber den rein wettbewerbsorientierten Ansätzen ein stärkeres Gewicht eingeräumt werden. Außerdem muss unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips sowohl die Festlegung, das Ob, als auch die Ausgestaltung, das Wie, der kommunalen Daseinsvorsorgeleistungen durch die Kreise, Städte und Gemeinden gewährleistet werden.

Die völlige Liberalisierung weiterer Bereiche kommunaler Daseinsvorsorge durch europäische Vorgaben lehnt der Regionalrat Arnsberg ab. Die bisherigen Maßnahmen haben sich ausschließlich an wirtschaftlichen Gesichtspunkten orientiert. Im Mittelpunkt solcher Überlegungen müssen aber auch die Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Versorgungssicherheit, des gleichberechtigten Zugangs zu den Leistungen und der Modernisierung ihrer sozialen und umweltpolitischen Belange stehen.."

zu TOP 15: Der Tagesordnungspunkt 15 wird vorgezogen.
Frau Regierungspräsidentin Drewke und Herr Thomalla, MWA, berichten über die Informationsveranstaltung vom 02.03.2004 bei der Bezirksregierung in Arnsberg (s. Anlage III).

zu TOP 6: Die CDU-Fraktion legt einen Ergänzungsantrag zum Beschlussvorschlag vor. Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
"Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.

Er fordert die Bezirksregierung auf, ergänzend darzulegen, wie sich der IGVP-Prozess künftig auf die Mitwirkung und Gestaltungsmöglichkeiten des Regionalrates bei der regionalen Verkehrsinfrastruktur auswirkt. Das gilt insbesondere in Hinblick auf die Priorisierung der einzelnen Verkehrsprojekte. Auf die klare Aufgabenzuweisung an die Regionalräte durch den Gesetzgeber durch das Landesplanungsgesetz wird verwiesen. Darüber hinaus fordert der Regionalrat die Bezirksregierung auf, die für den IGVP-Prozess verantwortlichen Stellen im MVEL und die beauftragten Gutachter zur nächsten Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates einzuladen, um um eine Erläuterung des IGVP-Prozesses und Einwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten des Regionalrates anhand konkreter Projektbeispiele zu bitten."

zu TOP 7: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
"Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis."

zu TOP 8: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
"Der Regionalrat nimmt das Programm ÖPNV – Infrastrukturförderung Abwicklung 2003 der Bezirksregierung Arnsberg zur Kenntnis."

zu TOP 9: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
"Der Regionalrat nimmt die Abwicklung des Krankenhausinvestitionsprogrammes 2003 zur Kenntnis."

zu TOP 10: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

"Der Regionalrat berät den Vorschlag zum Stadterneuerungsprogramm 2004. Er setzt Prioritäten gem. § 7 (3) LPIG zu den in der Anlage fett gedruckten Fördermaßnahmen fest."

zu TOP 11: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

1. „Der Regionalrat berät die Projektplanungen zur Regionalen Kulturpolitik für das Jahr 2004.

2. Der Regionalrat setzt gem. § 7 (3) LPIG folgende Vorhaben als prioritär fest:

- **Mord am Hellweg**

- Hellwach (Int. Figurentheater-Festival für Kinder und Jugendliche)

- Hellweg – ein Lichtweg

- Workshops im Rahmen des Sauerland Herbstes 2004

- Waldskulpturenweg Wittgenstein-Sauerland

Festivalreihe „Die Drei“ (Hilchenbach – Hagen - Balve)"

zu TOP 12: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

„Der Regionalrat erteilt sein Einvernehmen zu der Dringlichkeitsliste "Gefährdungsabschätzung und Sanierung von Altlasten 2004".

zu TOP 13: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

1. Der Regionalrat nimmt den Bericht der Bezirksplanungsbehörde über das Erarbeitungsverfahren zur Kenntnis.

2. Die gegen den Entwurf erhobenen und in den bisherigen Erörterungen nicht ausgeräumten Bedenken und Anregungen werden zurückgewiesen.

3. Die 13. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes, Teilabschnitt Dortmund - östlicher Teil – (HSK/SO) im Bereich der Stadt Brilon - Erweiterung eines Abgrabungsbereiches Bilstein - wird entsprechend der Anlage beschlossen.

zu TOP 14: Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** legt einen Ergänzungsantrag vor (Anlage IV).

Der Regionalrat fasst **bei 9 Nein-Stimmen** und **einer Enthaltung mehrheitlich** folgenden **Beschluss**:

1. Die 16. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund – östlicher Teil – (HSK/ SO) im Bereich der Stadt Geseke – Regionalplanerische Sicherung des Folgenutzungskonzepts für den Kalksteinabbau - wird erarbeitet.

Im weiteren Verfahren soll insbesondere beachtet werden, dass

- keine Inanspruchnahme der FFH-Flächen stattfindet
- eine klare Grenzziehung des Abtragungsbereiches und
- eine klare Darstellung des GIB sichergestellt werden.

2. Im Änderungsverfahren werden die in der Anlage 4 unter Nr. 1 – 67 aufgeführten Behörden und Dienststellen beteiligt.
3. Die Frist, innerhalb derer Bedenken und Anregungen vorgebracht werden können, wird auf 3 Monate festgesetzt.

zu TOP 16: Der Vorsitzende weist nachdrücklich auf die Veranstaltung „Ländlicher Bereich“ in Rheda-Wiedenbrück hin.

Es wurden diverse Mitteilungen zugesandt bzw. verteilt (s. Anlage V).

Frau Geiß-Netthöfel teil mit, dass es in zwei GEP-Änderungsverfahren die Ausweisung von Gewerbegebieten betreffend Erörterungen gegeben hat. In der nächsten Sitzung werden entsprechende Aufstellungsbeschlüsse vorgelegt werden.

zu TOP 17: Es liegt eine Anfrage der CDU vor (s. Anlage VI). Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Darüber hinaus liegt eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, die ebenfalls schriftlich beantwortet wird.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 13.15 Uhr.

.....
Droege, Vorsitzender

.....
Menke, Ratsmitglied

.....
Wenner, Schriftführerin

TOP 5: Kommunale Daseinsvorsorge – 2. Bericht
der Sitzung des Regionalrates am 25.03. 2004 in Drolshagen

Statement von Regierungspräsidentin Renate Drewke

(Es gilt das gesprochene Wort)

Anrede,

dass kommunale Daseinsvorsorge zum Wesensgehalt der kommunalen Selbstverwaltung gehört, dürfte unbestritten sein.

Wir verstehen darunter alle Leistungen der Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände, die dazu dienen, das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohl ihrer Bürger zu fördern.

Es handelt sich dabei um Leistungen, die **allen** zur Verfügung stehen; und zwar unter dem Postulat der Gewährung höchster Versorgungssicherheit bei gleichzeitiger demokratischer Kontrolle und werden unter Wahrung sozialer und umweltpolitischer Gesichtspunkte erbracht.

Diese im europäischen Kontext als Leistungen von allgemeinen wirtschaftlichen Interessen bezeichnete kommunale Daseinsvorsorge hat Unternehmenstrukturen der öffentlichen Gemeinschaften hervorgerufen, die Ausdruck der politischen Gestaltungsfreiheit innerhalb der Selbstverwaltung der Kommunen sind.

Diese Gestaltungsfreiheit und die Schaffung von größtmöglicher Rechtssicherheit gilt es zu Gunsten der Bürgerinnen und Bürger auch im Rahmen der europäischen Liberalisierungsüberlegungen für Leistungen von allgemeinen wirtschaftlichen Interesse zu bewahren.

Die bisherigen Maßnahmen zur Liberalisierung waren wettbewerbsorientiert und haben sich ausschließlich an wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichtet, ohne die Gemeinwohl-Verpflichtungen in den Abwägungsprozess einzubeziehen.

Ich nehme hier beispielhaft die Entwicklung auf dem liberalisierten deutschen Strommarkt seit 1999.

Anfänglich gab es einen harten Preiskampf um Marktanteile bei der Versorgung, der dazu führte, dass die Abnehmerseite und damit auch die Stadtwerke von sinkenden Einstandspreisen profitierten.

Inzwischen hat sich die Situation jedoch gravierend geändert.

Auf dem Erzeugermarkt hat es eine Fusionswelle gegeben, so dass inzwischen über 80% der Erzeugerkapazität bei den vier größten Konzernen liegt, wovon EON und RWE mehr als 3/4 inne haben.

Allein im Jahr 2003 sind bei Städten und Gemeinden die Strompreise um über 17% gestiegen; und es wird für die Kommunen immer schwieriger, lukrative Angebote bei der sinkenden Zahl von Wettbewerbern einzuholen.

Dies gilt auch, wenn sie sich bei der europaweiten Ausschreibung zusammenschließen. Beispiele dazu gibt es auch in unserm Regierungsbezirk.

Parallel dazu ist zu beobachten, dass sich die großen Erzeuger weiterhin in bestehende kommunale Unternehmen einkaufen, was zu einem schwindenden kommunalen Einfluss führt.

Ein anderer zur Zeit noch nicht liberalisierter Markt ist die Wasserversorgung.

Sie gehört ohne Zweifel zur kommunalen Daseinsvorsorge und ist nach der Einführung des Wettbewerbs auf dem Energiesektor der einzige Bereich der Versorgung mit noch bestehendem Gebietsmonopol.

Dieses Monopol wird einerseits durch Überlegungen der EU-Kommission zur Liberalisierung des Wassersektors – wenn diese sich zur Zeit auch noch nicht konkretisiert haben – und andererseits durch Bestrebungen zur Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen zunehmend in Frage gestellt.

Ziel dieser Bestrebungen ist die Streichung der Regelungen, die die ausschließlichen Wegerechte stützen und die Zahlung der Konzessionsabgaben rechtfertigen.

Durch die Streichung würden die ausschließlichen Wegerechte entfallen und damit Mitbewerbern jedenfalls theoretisch die Möglichkeit gegeben, Wasser durch bestehende Rohrleitungen zu leiten oder neue konkurrierende Leitungsnetze aufzubauen.

Nach meiner Auffassung ist Wasser, anders als Strom und Gas, kein Wirtschaftsgut, sondern ein Lebensmittel, bei dem es gilt, die hohen Standards der Trinkwasserverordnung einzuhalten.

Das wäre aber beim Durchleiten von Wasser unterschiedlicher Qualitäten nicht oder nur schwer vorstellbar; nicht zu kontrollierende gesundheitliche Risiken können daher nicht ausgeschlossen werden.

Die Liste der Liberalisierungs- und Deregulierungstendenzen mit möglichen Auswirkungen auf die kommunale Daseinsvorsorge ließe sich noch um die Abfallbehandlung und -beseitigung erweitern.

Sollte die bisher in Deutschland bestehende Hausmüllklausel, die festlegt, dass Hausmüll immer Abfall zur Beseitigung ist, nicht EU-konform sein, könnte dies zum Wegbrechen größerer Mengen Hausmüll aus dem öffentlichen Beseitigungsregime führen.

Von daher ist es erforderlich, dass die kommunalen Entscheidungsträger die Entwicklung der Liberalisierungsbestrebungen im Hinblick auf die Leistungen im Bereich der Daseinsvorsorge weiterhin kritisch begleiten.

Sie müssen über ihre Spitzenverbände und Abgeordnete sowohl beim Bund als auch bei der Europäischen Union ihre gerechtfertigten Interessen artikulieren und in die Diskussion einbringen.

Der Ihnen vorliegende Beschlussvorschlag zum Tagesordnungspunkt „Daseinsvorsorge“ mag hierfür ein Zeichen setzen.

Sie können sich sicher sein, dass ich mich für gerechtfertigte Belange der Kommunen auch weiterhin einsetzen werde.

TOP 5: Kommunale Daseinsvorsorge – 2. Bericht
der Sitzung des Regionalrates am 25.03. 2004 **in Drolshagen**

Statement von Herrn Cronauge, Verband kommunaler Unternehmen

(Es gilt das gesprochene Wort)

Herr Vorsitzender,
Frau Regierungspräsidentin,
Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

ich darf mich ganz herzlich bedanken für die Einladung, heute zu einem Thema zu Ihnen sprechen zu dürfen, das sicherlich zu den Top-Themen der Kommunalwirtschaft und der kommunalen Selbstverwaltung zählt. Insoweit begrüße ich es nachdrücklich, dass dieses Thema hier auf der Tagesordnung steht, denn ich denke im Vorfeld der EU-Wahl ist es notwendig, dieses Thema auf breiter Basis in der Kommunalpolitik und damit in der kommunalen Selbstverwaltung zu diskutieren, weil wir auch eine Mobilisierung brauchen, weil hier Weichen gestellt werden, insbesondere auf der europäischen Ebene aber auch darüber hinaus – ich komme auf den Aspekt zurück - weltweit etwa im Rahmen von GATS-Verhandlungen, im Rahmen der Welt handelsorganisation, die erhebliche Auswirkungen auf die Zukunft der Kommunalwirtschaft und damit auch auf die kommunale Selbstverwaltung haben werden.

Ich diskutiere das Thema aus der Sicht des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU). Das ist der Dachverband der Stadtwerke in Deutschland mit ca. 1.400 Mitgliedsunternehmen unterschiedlichster Größenordnung, unterschiedlichster Organisationsstruktur in den Sparten Strom, Gas, Fernwärme, Abfall, Wasser und Abwasser. Ich selbst leite die Abteilung für Wasser und Abwasserwirtschaft im VKU, und ich füge an dieser Stelle hinzu, ich war 19 Jahre lang in Diensten des Städte- und Gemeindebundes tätig. Insoweit bilde ich mir nach wie vor ein, den Blick aus der Eigenseite nicht ganz verloren zu haben, und ich versuche hier eine Symbiose zwischen Unternehmens- und Eigenseite auch in dieser Diskussion an den Tag zu legen.

Der Begriff „Daseinsvorsorge“ oder, um in der europäischen Terminologie zu sprechen, „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ ist ein Reizwort: für die einen unnötiger Ballast der ewig Gestrigen, für die anderen Synonym für den öffentlichen Auftrag und selbstverständliches Korrektiv im Wettbewerb. Daseinsvorsorge - und das macht die Sache eben für die kommunale Selbstverwaltung so spannend - ist überwiegend kommunale Daseinsvorsorge. Das ist Kommunalwirtschaft und Kommunalwirtschaft ist ein Herzstück kommunaler Selbstverwaltung. Und lassen sie mich das gleich voranstellen: wenn es zukünftig keine Kommunalwirtschaft mehr geben sollte, dann haben wir auch qualitativ eine andere kommunale Selbstverwaltung, die dann möglicherweise zusammenschrumpft auf ein Einwohnermeldeamt und ein Standesamt. Das ist nicht die Leitvorstellung des Artikels 28 Abs. 2 GG, und es ist auch nicht die Leitvorstellung unserer sozialen Marktwirtschaft, denn ich denke kommunale Selbstverwaltung zählt zu unserem Staats- und Gesellschaftsmodell. Insoweit ist das eine Diskussion von erheblicher Tragweite, von erheblicher Intensität im Moment. Sie ist aber nicht neu. Die Stichworte Liberalisierung, Deregulierung, Wettbewerb, materielle Privatisierung beschäftigen uns im Grunde intensiv seit Mitte der 90er Jahre. Es hat eine erste große Welle gegeben im Zeitraum 1996/1998. 1996 mit der Verabschiedung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes im Grunde mit einer Teilliberalisierung des Abfallbereichs; im gleichen Jahr ist eine Operation vorgenommen worden, die noch nicht so recht angekommen ist in der Praxis. Es ist im

Jahre '96 eine Änderung im Wasserhaushaltsgesetz vorgenommen worden, die eine materielle Privatisierung der Abwasserentsorgung zulässt. Die Tatsache, dass das noch nicht praktiziert worden ist, liegt einzig und allein daran, dass diese Option der landesrechtlichen Umsetzung bedarf durch eine Änderung der Landeswassergesetze. Das ist bisher nicht geschehen. Die Diskussionen laufen aber in einigen Bundesländern, und ich bin gespannt - die Novellierung des Landeswassergesetzes in Nordrhein-Westfalen steht ja auch in Kürze auf der Tagesordnung -, ob dies ein Thema in Nordrhein-Westfalen werden wird. Dann 1998 die Energierechtsreform, die sicherlich den größten Schub ausgelöst hat mit den Strukturveränderungen, die ja gerade auch schon dargestellt worden sind.

Wir führen im Grunde im Moment so zu sagen eine zweite Welle der Diskussion und diese Diskussion bezieht sich zum einen auf die Infrastrukturbereiche, die bisher noch nicht Gegenstand von Liberalisierungsmaßnahmen waren. Da steht im Zentrum in der Tat die Wasser- und Abwasserwirtschaft aber auch die Abfallwirtschaft. Wir führen darüber hinaus aber – und das macht die Sache dann wirklich so spannend und zugleich gefährlich für die kommunale Selbstverwaltung - eine Grundsatzdiskussion darüber, was überhaupt morgen noch in kommunaler Hand verbleiben soll, was Kommunen noch bewältigen können und dürfen sollen oder was in den privaten Sektor hinein entlassen werden soll. Das geht hinein bis etwa in den sozialen und in den kulturellen Bereich, ist also eine Daseinsvorsorgediskussion insbesondere in Europa auf ganz breiter Ebene. Zu diesem Szenario - nur der Vollständigkeit halber auch daran hat sich ja nichts geändert seit der letzten Diskussionsrunde Mitte der 90'er Jahre - zählt natürlich auch die tatsächliche Situation der kommunalen Selbstverwaltung, Dazu zählt die nach wie vor desolate Haushalts- und Finanzsituation denn viele Entscheidungen vor Ort sind ja weniger strategischer sondern ausschließlich fiskalischer Natur. Das hat die Welle der Teilverkäufe jedenfalls als Folge der Energierechtsliberalisierung ganz deutlich gezeigt. Dazu zählt auch – und das will ich auch ansprechen -, dass verschiedentlich vor Ort eine andere „Denke“ Platz greift in den Städten und Gemeinden, eine „Gewährleisterdenke“, die besagt: Sollen wir denn überhaupt noch als Kommunen die Aufgaben selbst erfüllen oder ist es nicht vielleicht besser, einfacher oder sinnvoller, sie durch Dritte erfüllen zu lassen? Ich halte das für hochgradig gefährlich. Wenn man das zu Ende denkt, werden im Grunde alle kommunalen Aufgaben outgesourct. Damit verliert die kommunale Selbstverwaltung ein Stück ihrer Existenzberechtigung, sie verliert ihre Einflussmöglichkeit und sie verliert auch das Gefühl dafür, dass hier überhaupt noch kommunale Aufgaben im Raum stehen.

Ich werde versuchen, Ihnen in der gebotenen Kürze zunächst einen aktuellen Überblick über den Stand der Diskussion zu vermitteln und ich würde dann im Anschluss daran am Beispiel der Wasser- und Abwasserwirtschaft vielleicht ganz konkret auch das Gefahrenpotential verdeutlichen, mit dem wir es im Moment zu tun haben.

Lassen Sie mich zunächst den aktuellen Sachstand darstellen und, wenn man den Begriff Sachstand in den Mund nimmt, dann muss man gleich Europa hinzufügen. Es ist evident, dass im Moment der Schwerpunkt der Diskussion auf der europäischen Ebene angesiedelt ist. Und wenn man die Gespräche führt, was wir relativ häufig und kontinuierlich mit den Generaldirektionen Wettbewerb und Binnenmarkt tun, dann hört man eine ebenso simple wie offenbar zwangsläufige Strategie heraus. Die heißt wie folgt: Weil die Liberalisierung in der Vergangenheit - Strom, Gas, Telekommunikation, Teilbereiche der Abfallwirtschaft, ÖPNV bis hin zum Sparkassenbereich - so erfolgreich war, machen wir aus der europäischen Sicht weiter und widmen uns jetzt

den Infrastrukturbereichen, die bislang noch nicht Gegenstand von Gemeinschaftsmaßnahmen waren.

Das war angeblich deshalb so erfolgreich, weil durch diese Liberalisierungen ein Mehr an Arbeitsplätzen entstanden ist und die Entgelte, die Preise, die Gebühren für die Bürger, für die Industrie auch abgesenkt werden konnten. Diese Prämisse ist bereits falsch, wenn man sich die Entwicklung, das klang schon an, im Energiebereich anschaut. Zum Stichwort Arbeitsplätze will ich nur hinzufügen, es ist in Deutschland kein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen worden - ganz im Gegenteil. Es sind branchenweit ca. 120.000 Arbeitsplätze abgebaut worden, europaweit ca. 300.000. Zur Preisentwicklung ist bereits gerade das Entsprechende gesagt worden. Wir bewegen uns im Moment auf einem Niveau, was oberhalb dessen liegt, das wir vor der Liberalisierung hatten. Gleichwohl müssen wir uns mit dieser These, mit dieser Strategie, die natürlich sehr stark ordnungspolitisch geprägt ist - manchmal hab ich den Eindruck einen geradezu ideologischen Einschlag hat - auseinandersetzen und wir müssen versuchen, auch hier vielleicht die Richtung zu ändern.

Die Diskussion wird auf der europäischen Ebene durch zwei zentrale Dokumente bestimmt, die von der Kommission im letzten Jahr veröffentlicht worden sind und die bis heute die Diskussion bestimmen und prägen, und sie werden das auch in den nächsten Monaten tun. Das ist zum einen das Grünbuch über Dienstleistungen von allgemeinem Interesse vom 21. 05. 2003 und das ist zum anderen die EU-Binnenmarktstrategie 2003 bis 2006 vom 07. 05. 2003. Das ist natürlich kein Zufall, dass diese Dokumente nahezu zeitgleich veröffentlicht worden sind. Es ist auch kein Zufall, dass die Federführung bei den Generaldirektionen Wettbewerb und Binnenmarkt liegt. Daran kann man schon ablesen, dass allein der ökonomische Aspekt die ganze Diskussion befördert, d. h. die ganzheitliche Betrachtungsweise etwa auch der Umweltbelange - die Generaldirektion Umwelt zieht sich zurück aus der Diskussion, wir haben das verschiedentlich sehr beklagt - eben sehr verengt wird.

Was bedeuten diese beiden Dokumente? Das Grünbuch über Dienstleistungen von allgemeinem Interesse ist im Grunde ein umfassender Problemaufriss, eine Bestandsaufnahme des gesamten Bereiches, dessen, was wir unter Daseinsvorsorge verstehen. Grünbuch bedeutet, dass es weit im Vorfeld gesetzgeberischer Maßnahmen angesiedelt sozusagen der erste Schritt auf der europäischen Ebene ist, sich eines Themas zu bemächtigen. Aber natürlich werden in dem ersten Schritt auch bereits gewisse Tendenzen erkennbar, und vielleicht wird der ein oder andere Pflöck bereits hier eingeschlagen. Das Grünbuch beschäftigt sich, ich kann das nur mit einigen Stichworten skizzieren, etwa mit der Frage der Abgrenzung wirtschaftlicher und nicht wirtschaftlicher Betätigung, etwa mit der Frage, wo liegt die Zuständigkeit der europäischen Ebene einerseits, wo greift das Subsidiaritätsprinzip zu Gunsten der Mitgliedsstaaten andererseits. Es geht etwa um Fragen der Gleichbehandlung zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen. Es geht natürlich um Fragen der Finanzierung - Stichwort Beihilfeproblematik -, und es geht um einen ganz zentralen Bereich, auf den ich noch zurückkommen werde, den Gesamtbereich der Ausschreibung mit Feinheiten, die uns zukünftig noch erhebliche Bauchschmerzen bereiten werden.

Dieses Grünbuch ist in die öffentliche Diskussion hineingegeben worden, es war jeder aufgerufen, sich dazu zu äußern. Es sind über 300 Stellungnahmen eingegangen, die im Moment von der Europäischen Kommission ausgewertet werden. Das

Grünbuch hat auch, und das ist vielleicht wichtig für die Diskussion, das Europäische Parlament beschäftigt. Vor wenigen Wochen am 14. 01. 2004 hat es einen Beschluss des Parlaments von erheblicher Tragweite gegeben. Die vier wichtigsten Aussagen des Parlaments sind folgende:

Punkt 1: Das Parlament spricht sich zu Gunsten einer Subsidiarität der Mitgliedstaaten bei den Fragen der Organisation der Strukturen und der Finanzierung von Unternehmen aus.

Punkt 2: Das Parlament sieht die Notwendigkeit, einen Rechtsrahmen auf europäischer Ebene für die Daseinsvorsorge zu entwickeln. Das bedeutet also im Grunde einen Kompetenzzuwachs für die europäische Ebene, was ich persönlich für fatal halten würde.

Punkt 3: Das Parlament spricht sich für eine grundsätzliche Chancengleichheit im Wettbewerb aus zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen. Das bedeutet etwa auch steuerliche Gleichstellung. Ein Thema, was uns ja beschäftigt in der Wasserdiskussion, steuerliche Gleichstellung von Wasser und Abwasser.

Punkt 4: In der Frage der Ausschreibung sagt das Parlament: „Wir erkennen zwar ein Recht auf Eigenproduktion - so heißt das - an, d.h. eine Entscheidungsfreiheit der Gemeinde, aber diese ist beschränkt. Sie ist beschränkt etwa auf Betätigungen, die sich auf das eigene Gemeindegebiet konzentrieren, und sie ist auch beschränkt dadurch, dass ich ausschreibungsfrei nur einem Unternehmen, einem kommunalen Unternehmen die Aufgaben übertragen kann, wenn ich auf dieses Unternehmen einen Einfluss habe wie auf eigene Dienststelle innerhalb der Stadtverwaltung. Da kriegt man natürlich schon ganz lange Ohren, denn, was das bedeutet für das Verhältnis zwischen Kommune und kommunalem Unternehmen, etwa in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts, einer GmbH oder eines PPP-Modells kann man sich dann an fünf Fingern abzählen. Das wird im Ergebnis bedeuten, dass viele dieser Vorgänge ausschreibungspflichtig sein werden.

Daneben steht das andere Dokument zur Binnenmarktstrategie. Das ist ein Arbeitsprogramm der Kommission für den Zeitraum von 2003 – 2006, ein 10-Punkte-Programm. Einer der Punkte ist die Fortentwicklung kommunaler Infrastrukturbereiche unter einer ausschließlich ökonomischen und wettbewerbsorientierten Betrachtungsweise. Hier taucht massiv bereits das Thema Wasser und Abwasser auf. Die Kommission sagt: das ist ein Bereich, den wir uns genau anschauen werden. Auch hier ist Wettbewerb notwendig, und wir als Kommission werden bis Ende des Jahres 2004 überlegen, was hier zu tun ist. Also, diese Zeitbombe tickt im Moment auf europäischer Ebene.

Zum europäischen Szenario zählt, ich will das ganz kurz anreißen, das Stichwort EU-Verfassung. Sie kennen es aus der Presse, kurz vor Weihnachten ist die Verabschiedung an ganz wesentlichen Dingen wie Stimmengewichtung und Benennung von Kommissaren gescheitert. Heute steht das Thema wieder in Brüssel auf der Tagesordnung. Es sieht ja im Moment, so aus, als könne man sich einigen. Das wäre ganz wichtig für die kommunale Selbstverwaltung. Weil in dieser Verfassung erstmalig auf der europäischen Ebene das Recht auf kommunale Selbstverwaltung verankert wird. Damit hätten wir eine neue Qualität, denn wir haben bislang das Problem, dass der Artikel 28 als nationales Recht in Brüssel kein Gewicht hat. Wenn die kom-

munale Selbstverwaltung in Brüssel installiert wird, haben wir auf Augenhöhe das Recht auf kommunale Selbstverwaltung mit dem Wettbewerbs- oder Binnenmarkprinzip.

Zum Thema Ausschreibung wird es in wenigen Tagen ein weiteres Grünbuch geben. In diesem Zusammenhang möchte ich auf das Beispiel EKO-City, ein Beispiel interkommunaler Kooperation, hinweisen, das auf europäischer Ebene dazu geführt hat, dass sich die Generaldirektion Binnenmarkt mit dem Thema, ob bei der Bildung von Zweckverbänden eine Ausschreibungspflicht besteht, mittlerweile intensiv beschäftigt. Nach 25 Jahren kommunaler Selbstverwaltung hätte ich mir das nicht vorstellen können, dass dieses selbstverständliche Instrument kommunaler Selbstverwaltung so einen Weg geht.

Ich fasse ganz kurz zusammen: Wir stehen auf der europäischen Ebene vor wesentlichen Weichenstellungen. Ich denke in den nächsten ein bis anderthalb Jahren wird die Richtung vorgegeben, es geht um Grundsatzfragen des Verhältnisses Wettbewerbsmarkt zu anderen Politiken, um die Gleichgewichtigkeit von Politikzielen. Es geht um die Frage Subsidiarität einerseits und Binnenmarkprinzip andererseits. Es geht sicherlich auch um die Frage der Chancengleichheit.

Lassen Sie mich einen kurzen Blick auf die ganz große internationale Bühne anfügen. Es laufen seit ca. 4 Jahren Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation, zu der 146 Mitgliedstaaten weltweit gehören. Das läuft unter dem Stichwort GATS und taucht meistens in der Presse in Verbindung mit dem Agrarbereich auf. Dahinter steckt allerdings für uns eine ganz andere Brisanz, weil der gesamte Bereich der Dienstleistungen auf der Tagesordnung steht. Es steht ausdrücklich auch hier der Bereich Wasser - Abwasser auf der Tagesordnung, d.h. auch von dieser Seite droht mit Blick auf die Zukunft Ungemach. Die Verhandlungen sind im Moment unterbrochen, aber wir haben es natürlich aus der Verbandssicht im Blick. Wir müssen aufpassen, dass hier nicht von einer ganz anderen Ecke her ein Liberalisierungsschub auf breiter Front auf die kommunale Selbstverwaltung zurollt.

Lassen Sie mich einige Sätze anschließen zum Thema Wasser - Abwasser, um das vielleicht konkret zu illustrieren. Zum Thema Wasser - Abwasser bietet das Grünbuch einen Satz, und dieser Satz ist ein Sprengsatz. Da wird die Feststellung getroffen, Wasser ist eine Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse. Das ist in zweierlei Hinsicht ganz wichtig. Zum einen ist das ein Richtungswechsel auf der europäischen Ebene innerhalb von drei Jahren. Wenn wir uns an die Verabschiedung der Wasserrahmenrichtlinie Ende 2000 erinnern, war da noch die Rede davon, dass Wasser ein Gut ist, was des besonderen Schutzes und der besonderen Fürsorge bedarf; also in der Tat die Lebensmittelbetrachtung, die ich nach wie vor für zwingend halte. Von der hat man sich verabschiedet. Mit diesem Satz wird Wasser zur Ware. Das muss man einfach feststellen. Und das bedeutet zum anderen, dass damit automatisch die EU-Kompetenz mit Blick auf das EU-Wettbewerbsrecht greift. Das allgemeine EU-Wettbewerbsrecht findet zunächst einmal grundsätzlich wie bei Strom, Gas, Butter, Eier oder Milch Anwendung. Das Europäische Parlament hat am 14.1.04 gesagt:

1. Wir wollen keine Liberalisierungsrichtlinie für den Bereich Wasser - Abwasser so wie das bei Strom und Gas geschehen ist.

2. Wir wollen statt einer Liberalisierung eine Modernisierung. Das ist auf europäischer Ebene neu, da der Begriff der Modernisierung bisher ausschließlich die nationale Diskussion prägt.
3. Wir wollen eine Ausschreibungspflicht, was im Grunde dazu führen kann, dass über das Ausschreibungsrecht letztendlich doch ein Wettbewerbsmodell „Wettbewerb um den Markt installiert“ wird. Wenn obligatorisch Ausschreibungspflichten festgeschrieben werden, dann haben die Kommunen im Grunde keine Entscheidungs- und Organisationsfreiheit mehr. Es entsteht ein System, was im Grunde den Liberalisierungsvorstellungen, nicht der Durchleitung, entspricht, aber dem System, dass gesamte Versorgungsgebiete in regelmäßigen Abständen ausgeschrieben werden müssen. Dann dürfen sich kommunale Unternehmen neben anderen großen Unternehmen bewerben, und wie ein derartiger Wettbewerb ausgehen wird, ist relativ eindeutig. Es wird zu Strukturbrüchen führen und das gerade angesichts der Kleinteiligkeit im Bereich der Wasserversorgung mit 6.600 Unternehmen und der Abwasserentsorgung noch kleinteiliger mit ca. 8.000 Unternehmen. Das wird eine Flurbereinigung geben.

Insoweit gibt es auf der europäischen Ebene im Moment keine Liberalisierung für Wasser und Abwasser, aber eine Fortentwicklung des Wettbewerbsrechts hin zu einer Art obligatorischer Ausschreibungswettbewerb. Der Schwerpunkt der nächsten Monate wird die Ausgestaltung dieses Ausschreibungswettbewerbs sein, d.h. wir werden uns insbesondere natürlich dafür einsetzen, dass die Entscheidungsfreiheit, die Organisationshoheit der Gemeinde, gewahrt werden muss, und wir werden uns auch dafür einsetzen, dass es möglich sein muss, ohne Ausschreibung - Stichwort Inhouse - auf eigene kommunale Unternehmen, die Aufgabe weiter übertragen zu können. Es kann nicht sein, dass etwa im Verhältnis einer 100 %igen GmbH und der Kommune schon eine Ausschreibungspflicht entsteht. Aber ich würde die Prognose wagen wollen, dass das eine harte Auseinandersetzung werden wird.

In der nationalen Diskussion haben wir es im Grunde im Jahre 2000 geschafft, die Liberalisierung der Wasser- und Abwasserwirtschaft zu verhindern und erarbeiten nun stattdessen unter der Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums, auch unter Einbindung der Länder, der kommunalen Spitzenverbände und der Fachverbände, ein Modernisierungskonzept. Die wesentlichen Bausteine in diesem Konzept sind einmal das Thema „Steuerliche Gleichstellung bei Wasser und Abwasser“, das ist das Thema „Fortentwicklung des Gemeindewirtschaftsrecht“, Stichwort Örtlichkeitsprinzip, das ist das Thema „Benchmarking“, sozusagen als Vergleichswettbewerb als eine Alternative zum Wettbewerb, um den Markt und den Wettbewerb im Markt, das ist das Thema „Ausbau von Kooperationen“, was ich für ganz wesentlich halte. Zu Letzterem muss man sicherlich auch kritisch nach wie vor sagen, dass da manchmal in der kommunalen Selbstverwaltung leider der Kirchturm immer noch sehr hoch ist. Ich denke, das können wir uns nicht mehr leisten. Da sollten wir schon schauen, wo Kooperationen sinnvoll und möglich sind. Das ist auch das Thema „Umsetzung der materiellen Privatisierungsoption des §18a Abs.2aWHG im Abwasserbereich“ etwa durch Landerecht. Ich habe den Eindruck, dass die Diskussion gut und konstruktiv läuft, und ich hoffe, dass wir im Laufe des Jahres Ergebnisse vorweisen können. Das ist deshalb wichtig, weil wir dann mit diesem Konzept in die europäische Diskussion einsteigen können und müssen. Wenn dort schon der Begriff der Modernisierung geprägt wird, dann sollten wir ihn auch nutzen, um dieses Feld mit unserem Material und unseren Ideen und Vorstellungen zu besetzen.

Lassen sie mich schließen.

Ich denke es besteht kein Zweifel, dass es eng wird für die Daseinsvorsorge, insbesondere in Europa. Wir stehen in grundlegenden Auseinandersetzungen, die uns sicherlich in naher Zukunft weiter beschäftigen werden. Wir stehen auch vor grundlegenden Weichenstellungen. Auch insoweit ist es - denke ich - wichtig und notwendig, an jeden Kandidaten für das zukünftige Europäische Parlament die Frage zu richten: "Wie hältst du es denn eigentlich mit der kommunalen Daseinsvorsorge?" Ich bin sehr dafür, dieses Thema auch in den Wahlkampf einzuspeisen. Z. B. findet in Bayern das mit dem Thema Wasser schon ganz gut statt. Wobei in Bayern wirklich eine bemerkenswerte Allianz zwischen allen Beteiligten gegen die Liberalisierung besteht.

Ich kann nicht erkennen, dass wir allein aus ökonomischen Erwägungen oder allein wegen eines gewissen ordnungspolitischen Mainstreams Dinge opfern, die sich bisher bewährt haben. Wenn ich mir die Wasserversorgung anschau, dann ist es völlig unbestritten, dass wir weltweit ein Topniveau in Sachen Qualität, in Sachen Hygiene, in Sachen Versorgung und Sicherheit, in Sachen flächendeckende Dienstleistung haben. Es hat mir bisher in vielen Podiumsdiskussionen auch noch niemand - auch nicht aus der Privatwirtschaft - erklären können, warum es besser wäre, wenn dies liberalisiert oder gar privatisiert werden würde. Insoweit, denke ich, sollten wir gemeinsam versuchen, hier diesen Entwicklungen nachhaltig entgegenzutreten. Noch besteht die Chance, hier einzugreifen in die laufenden Prozesse, und wir sollten diese jeder an seiner Stelle - wir Verbände sind natürlich intensiv dabei - in Brüssel aber auch in der WTO-GATS-Diskussion auf der internationalen Bühne nutzen.

Ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

TOP 15: Kompetenzfelder in NRW – außerhalb des Ruhrgebietes– Zwischenbericht
der Sitzung des Regionalrates am 25.03. 2004 **in Drolshagen**

Rede von Frau Regierungspräsidentin Renate Drewke

(Es gilt das gesprochene Wort)

Anrede,

Bei der heutigen Debatte um Kompetenzfelder des Landes geht es um mehr als um ein Gutachten:

Es geht um eine Standortbestimmung und Neuorientierung in der Regionalen Strukturpolitik. Ich halte es daher für richtig und gut, dass diese Debatte im Regionalrat geführt wird. Der Regionalrat hat von Anfang an Regionalisierte Strukturpolitik aktiv mitbegleitet und sich klar für eine Mitgestaltung regionaler Entwicklungspolitik engagiert.

Er hat die verschiedenen Entwicklungsphasen der regionalen Strukturpolitik mitbegleitet und gestaltet:

- Die Konstituierungsphase regionalisierter Strukturen und dem Aufbau regionaler Netzwerke.
- Die erste Generation breit angelegter Entwicklungskonzepte mit dem Schwerpunkt infrastrukturellen Ausbaus
- Und die aktuelle Generation moderner umsetzungs- und projektorientierter und auf bestimmte regionale Stärken konzentrierter regionaler Entwicklungsstrategien

Wichtige Stationen waren hierbei die Verabschiedung:

- von Leitlinien der Strukturpolitik,
- von Stellungnahmen zu regionalen Entwicklungskonzepten und
- von Regionalen Leitprojekten und Regionalen Initiativen

Mit der Synopse der regionalen Entwicklungskonzepte hat der Regionalrat auch eine aktuelle Bestandsaufnahme Regionaler Entwicklungsstrategien vorgelegt und beraten.

Hauptanliegen des Regionalrates war es, Regionale Strukturpolitik mit Förderpolitik, mit Regionalplanung und raumwirksamer Fachplanung zu einer schlüssigen regionalen Entwicklungspolitik zu verknüpfen. Er hat im Rahmen seiner gesetzlichen Beratungsaufgabe Prioritätenvorschläge für raumwirksame, landespolitische Förderprogramme unterbreitet.

Die Bezirksregierung - als regionale Mittel- und „Mittler“-instanz an der Schnittstelle zwischen Land und Kommunen - hat hierbei die besondere Aufgabe darin gesehen, Ideen, Konzepte und Initiativen der Regionen aufzugreifen, mit Regionalplanung und Förderpolitik abzugleichen und sich für die Unterstützung durch das Land im Rahmen von Regionalplanung, Fachplanung und Förderung einzusetzen.

Vor diesem Hintergrund ist es zu verstehen, dass die Diskussion um Kompetenzfelder des Landes als Neuorientierung und „Paradigmenwechsel“ regionaler Strukturpolitik einige Grundsatzfragen aufgeworfen hat:

- Welchen Stellenwert hat die regionalisierte Strukturpolitik, welchen Stellenwert haben regionale Entwicklungskonzepte in der zukünftigen Politik des Landes?
- Welche Rolle spielen regionale Gremien und Netzwerke und letztlich der Regionalrat im Konzert der Strukturpolitik?
- Welche Konsequenzen hat diese Politik auf die Förderpolitik im Lande?

Der Leiter der Abteilung „Wirtschaft und Strukturentwicklung“ des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit, Herr Thomalla, wird auf die aufgeworfenen Fragen aus der Sicht des Landes eingehen.

Lassen Sie mich jedoch einige grundsätzlichen Anmerkungen machen:

Ich freue mich, dass nach

- erstem heftigen Grundsatzstreit,
- dem Herausarbeiten von Konflikt- und Knackepunkten,
- aber auch einigen Missverständnissen

eine pragmatische und konstruktive Annäherung der Standpunkte erfolgt ist und sich „hinter dem Pulverdampf“ gemeinsame Konturen einer Synthese beider Politikansätze abzeichnen.

Es geht nicht um ein „Entweder – oder!“ sondern um ein „sowohl als auch“!

Beides gilt:

Das Land braucht starke innovative Regionen mit effizienter Selbstorganisation und Selbstverantwortung.

Aber auch die Regionen brauchen eine starke und offensive Standortpolitik des Landes. Eine gewisse Abstimmung, Bündelung und Konzentration landesweiter Ressourcen ist hier auch im wohlverstandenen Interesse aller Regionen des Landes. Die weitere Entwicklung und der Ausbau solcher strategischen Kompetenzfelder strahlt auch auf die regionale Wirtschaftsentwicklung aus.

Ich bin daher der Überzeugung: Beide Politikansätze mit ihren jeweiligen Stärken und Akzenten lassen sich miteinander vereinbaren und zusammenführen:

Aktuelle Regionalisierte Strukturpolitik – dies zeigen auch die aktuellen Entwicklungsstrategien - kann und sollte sich mit Stärken und Kompetenzen im Sinne eines wettbewerbsfähigen Standortprofils auseinandersetzen.

Es geht hierbei um eine neue Qualität der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Zulieferer und Weiterverarbeiter, öffentlicher Verwaltung, Bildungs- und Forschungseinrichtungen im Sinne von Kompetenznetzwerken.

Kompetenzfelderpolitik des Landes baut auf der Regionalisierten Strukturpolitik und Ideen, Innovationen, Impulsen und Strategien in den Regionen auf und ist auf effiziente regionale Netzwerke angewiesen. Landesweite und regionale Aktivitäten ergänzen sich im Rahmen arbeitsteilig abgestimmter Kompetenznetzwerke.

Ich bin zuversichtlich, dass die südwestfälischen Regionen mit ihren Stärken und Potentialen sich in ein Standortprofil des Landes mit herausragenden strategischen Kompetenzfeldern einbringen können.

Ich bin aber auch gewiss, dass das Land die Regionen bei der Umsetzung und Weiterentwicklung ihrer Entwicklungsstrategien und Leitprojekte wie bisher auch weiter unterstützen wird. Neben der Kompetenzfelderpolitik wird es auch weiterhin eine Politik der „Breite“ geben mit Bausteinen wie Mittelstandsförderung, Gründerförderung, Technologieförderung, Tourismusförderung, Kulturförderung oder Städtebauförderung.

Mit dem Wachstums- und Beschäftigungspakt Ruhr zwischen Land und regionalen Akteuren im Ruhrgebiet ist m.E. ein Zeichen für eine solche partnerschaftliche Politik des Miteinanders gesetzt worden.

Warum sollte dies nicht auch Vorbild für die anderen Landesteile sein?

In Zeiten wirtschaftlicher Krise und montanindustriellen Strukturwandels gründete sich wirtschaftliches Wachstum und Stärke des Landes auf mittelständisch geprägte, stabile und dynamische Industriestandorte außerhalb des Ruhrgebietes wie beispielsweise in unserem Bezirk der Landesteil Südwestfalen.

Auch wenn es in Südwestfalen keine im internationalen Maßstab herausragenden „Leuchttürme“ geben mag, so gibt es doch eine auch im übertragenen Sinne komplette „Leuchtenindustrie“ und zugleich – typisch für Westfalen - viele „hidden champions“. Südwestfalen besitzt eine überdurchschnittlich starke und gesunde mittelständische Industrielandschaft, die in wichtigen Sektoren internationaler Exportmärkte auch Spitzenpositionen besetzt. Und es handelt sich um eine technologieorientierte Industrielandschaft, die beispielhafte mittelständische Kooperationen zwischen Unternehmen, Hochschulen und Technologieinstituten in der Region aufgebaut hat.

Ich denke, dass Südwestfalen sich mit seiner hochtechnologieorientierten Werkstoffkompetenz, mit seinen Kompetenzen im Bereich Verkehr / Automotive und Gebäude- und Anlagensystemtechnik nicht zu verstecken braucht. Ich denke auch, dass im Bereich Medizintechnikzulieferung, Gerontotechnik, Reha-technik gerade bei den hiesigen mittelständischen Metall- und Kunststoffunternehmen - beispielhaft auch für das Land - neue innovative Wachstums- und Geschäftsfelder erschlossen werden können.

Ich bin daher für ein gesundes Selbstbewusstsein und gehe davon aus, dass sich bei den Expertengesprächen in den Regionen und beim weiteren Dialog mit dem Land regionale Potentiale, Kompetenzen und Unternehmensnetzwerke einbringen lassen.

Ich bin froh, dass nunmehr in allen drei südwestfälischen Teilregionen Termine für regionale Expertengespräche vereinbart sind, und damit ein konstruktiver Informations- und Meinungsaustausch mit den Gutachtern stattfinden kann.

TOP 15: Kompetenzfelder in NRW – außerhalb des Ruhrgebietes– Zwischenbericht
der Sitzung des Regionalrates am 25.03. 2004 **in Drolshagen**

Rede von Herrn Min.-Dir. Reinhard Thomalla, MWA,

(Es gilt das gesprochene Wort)

Vielen Dank Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, dass Sie mir die Gelegenheit geben, heute bei Ihnen im Regionalrat zu dem Thema „Kompetenzfelder – regionale Strukturpolitik“ aus Sicht des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit Stellung nehmen zu können. Wir sind dabei, wie Sie wissen, die regionale Strukturpolitik durch Definition und Umsetzungsstrategien für regionale Kompetenzfelder als Grundbaustein unserer Landeswirtschaftspolitik weiterzuentwickeln.

Ein Ansatzpunkt für die Weiterentwicklung ist die Zusammenführung des früheren Arbeitsministeriums und des früheren Wirtschaftsministeriums. Das bedeutet letztlich, dass eine Neuausrichtung der Wirtschafts- und Arbeitspolitik erfolgen muss und dass die Konzeptionen zusammengeführt werden sollen. Es soll versucht werden, mit der gleichen Zielsetzung bei der Arbeitspolitik und der Wirtschaftspolitik mehr Abstimmung zu erreichen, mehr Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätze zu schaffen.

Darüber hinaus haben wir für das Ruhrgebiet mit Hilfe von externem Sachverstand durch die Unternehmensberatung Roland Berger untersuchen lassen, wo in der Verbindung von Wissenschaft, Wirtschaft, Unternehmen und Qualifizierungseinrichtungen Ansatzpunkte für Kompetenzfelder mit internationaler Ausstrahlung gegeben sind. Sie sollten so stark und zukunftsfähig sein, dass Sie über Nordrhein-Westfalen hinaus Bedeutung im internationalen Maßstab haben oder finden können.

Das Gleiche haben wir durch das Institut für Arbeit und Technik für NRW außerhalb des Ruhrgebietes untersuchen lassen. Das Institut für Arbeit und Technik soll prüfen, ob es Kompetenzfelder, Technologiefelder oder neue Innovationsfelder gibt, die so stark sind, dass sie internationale Anerkennung finden und tatsächlich auch besonders schnelle Arbeitsplatzeffekte und besondere Wertschöpfungseffekte hervorbringen können. Das ist der Hintergrund für unsere heutige Diskussion im Regierungsbezirk Arnsberg und speziell in dem südwestfälischen Raum.

Die Untersuchung des Instituts für Arbeit und Technik in Gelsenkirchen hat zwei Bezugspunkte. Zum einen sind es die Kompetenzfelder in den Regionen, die auch hier bei Ihnen im vergangenen Jahr im Konsens identifiziert und verabschiedet worden sind. Sie werden weiter im Rahmen der Regionalpolitik der Landesregierung Bedeutung haben und unterstützt werden.

Beispiel dafür ist etwa das Kompetenzfeld Tourismus, das hier in der Region große wirtschaftliche Bedeutung hat, das von der Landesregierung mit erheblichen Mitteln unterstützt wurde und auch weiter gefördert werden wird. "Automotiv" ist ein anderes Beispiel. Unternehmen aus diesem Bereich der Kfz-Zulieferer finden unsere Unterstützung bei Kooperationsmodellen, beim Erschließen internationaler Märkte, bei der Entwicklung neuer Technologien.

Der zweite Bezugspunkt ist die ergänzende Breitenförderung für kleine und mittlere Unternehmen und für die wirtschaftsnahe Infrastruktur. Sie wird weiter bestehen bleiben. Das ist z.B. die Meistergründungsprämie, die Unterstützung der Mittelstandsförderung durch das Programm "Gründung und Wachstum", die Außenwirtschaftsförderung, Bürgschaften, Städtebau usw.

Aufgrund der Analysen des Instituts für Arbeit und Technik hat sich gezeigt, dass wir einen Schritt weiter gehen können und die regional fokussierten Kompetenzfelder durch sogenannte strategische Handlungsfelder ergänzen können. Dazu wurden sechs „Innovations- und Technologiefelder“ herausgefunden, die landesweit eine solche Qualität haben oder erhalten können, dass sie internationale Konkurrenzfähigkeit bzw. internationale Spitzenpositionen entwickeln können. Das sind Querschnittsbereiche wie z.B. technische und organisatorische Integration von Systemen, Microsystemtechnik, Logistik oder die Verwendung neuer Materialien, die in vielen Branchen Anwendung finden können und für die auch hier in der Region Ankerpunkte gegeben sind.

Der laufende Prozess der Diskussion soll dahin führen, dass auch für diese neue Ebene der international ausbaufähigen Exzellenzfelder Ankerpunkte in der Region identifiziert werden. Für "Automotiv" sind mit Sicherheit die Bereiche Microsystemtechnik und neue Werkstoffe als solches Querschnittsthema und damit auch für die Region bedeutsam.

Ich möchte also betonen, dass die in den Regionen angestoßenen und laufenden Prozesse der regionalisierten Strukturpolitik, die Umsetzung laufender Vorhaben, die Förderung von Projekten regionaler Kompetenzfelder und die bestehenden Netzwerke weiter fortbestehen. Es bedeutet aber eine Fortentwicklung, ja eine neue Qualität unserer Landesstrukturpolitik, die auf regionaler Ebene bewährte Strukturpolitik der Unterstützung regionaler Kompetenzfelder mit den landesweit geltenden strategischen Handlungsfeldern, in denen das Land und unsere Wirtschaft internationale Exzellenz erreichen kann und will, zu verzahnen. Das kann z.B. dadurch erfolgen, dass exzellente Unternehmen auch in ihrer Region benannt werden, die zur Zusammenarbeit in Verbundprojekten bereit sind und dann auch vorrangig gefördert werden. Ich glaube, damit ist auch die Frage, wie auch hier in der im Regierungsbezirk Arnsberg auf der Grundlage des Vorhandenen Förderpolitik weitergeführt werden kann, beantwortet.

Ich will mich mit diesen Anmerkungen, die den Rahmen noch mal abstecken, begnügen. Wenn Sie Fragen dazu haben, stehe ich gerne zur Verfügung.
Vielen Dank.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Fraktion im Regionalrat des
Regierungsbezirks
Arnsberg

Peter Borgmann
Pol. Geschäftsführer

Tel. 0234-912 95 74
Fax 0234-916 03 06
Mobil: 0173-560 82 68
gruene-regionalrat@borgmanns.de

Diekampstraße 37, 44787 Bochum

Bankverbindung: Sparkasse Bochum
Kto.Nr. 146 45 85 • BLZ 430 500 01

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN - Diekampstr. 37 - 44787 Bochum

Antrag zur Sitzung des Regionalrats am 25. März 2004, TOP 14

(16. Änderung des GEP, TA Dortmund ... Geseke, Regionalplanerische Sicherung des Folgenutzungskonzepts für den Kalksteinabbau – Erarbeitungsbeschluss)

Der Beschlussvorschlag zu TOP 14 unter Punkt 1 wird ergänzt um den Zusatz (*kursiv*):

Die 16. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund – östlicher Teil – (HSK/SO) im Bereich der Stadt Geseke – Regionalplanerische Sicherung des Folgenutzungskonzepts für den Kalksteinabbau - wird erarbeitet ...

„... unter den Bedingungen, dass

- keine Inanspruchnahme der FFH-Flächen,*
- eine klare Grenzziehung des Abgrabungsbereiches und*
- eine klare Darstellung des GIB*

vorgenommen werden.“

Wolfgang Cordes
Mitglied des Regionalrats
Fraktionsvorsitzender

gez. Peter Borgmann
Fraktionsgeschäftsführer





FRAKTION

**Im Regionalrat des
Regierungsbezirks
Arnsberg**

Adresse:

Fraktionsvorsitzender
Wolfgang Horneck

Sandfuhrstr. 10
44797 Bochum

e-mail:

horneck@nrw-regionalrat.de

ANFRAGE

Die Bezirksregierung Arnsberg hat eine Broschüre mit dem Titel "Rückblicke Einblicke 03" herausgegeben. In dieser Broschüre wird die Arbeit der Bezirksregierung dargestellt. Die CDU Fraktion fragt an:

Ist die Bezirksregierung der Auffassung, dass der Regionalrat Teil der Bezirksregierung Arnsberg ist?

Wenn das der Fall ist, warum wird der Regionalrat in dieser Broschüre völlig ignoriert?

Speziell in den Bereichen der Gebietsentwicklungsplanung, welche die ureigenste Aufgabe des Regionalrates ist, wird ausschließlich auf die Schwerpunktaufgabe der Bezirksregierung hingewiesen, ohne auf die Zuständigkeit des Regionalrates hinzuweisen.

Worin liegen die Gründe dafür ?

Wie hoch ist die Auflage der Broschüre ?

Wie stellt sich der Verteiler dar ?

Wolfgang Horneck
Fraktionsvorsitzender der CDU Fraktion



Bezirksregierung Arnsberg

Die Regierungspräsidentin

Herrn

Wolfgang Horneck

Vors. der CDU-Fraktion im Regionalrat

Sandfuhrstr. 10

44797 Bochum

59821 Arnsberg

Seibertzstraße 1

Telefon: 0 29 31 / 82 2341

Telefax: 0 29 31 / 82

. Mai 2004

Sehr geehrter Herr Horneck,

für Ihre Anfrage in der Regionalratssitzung am 25. 03. 2004 im Zusammenhang mit der Informationsbroschüre "Rückblicke Einblicke 03" bedanke ich mich. Ich begrüße es ausdrücklich, wenn sich die Mitglieder des Regionalrates über den dem Regionalrat nach dem Landesplanungsgesetz zugewiesenen Aufgabenkatalog mit Belangen des Regierungsbezirks und der Bezirksregierung befassen. Ich werte dies als positives Zeichen einer vertrauensvollen und engen Zusammenarbeit.

Ihre Fragen möchte ich nachfolgend beantworten:

*Ist die Bezirksregierung der Auffassung, dass der Regionalrat Teil der Bezirksregierung ist?
Wenn das der Fall ist, warum wird der Regionalrat in dieser Broschüre völlig ignoriert?*

Die rechtssystematische und organisatorische Einordnung der Regionalräte ist in der Tat ein schwieriges Unterfangen. Als kommunales Vertretungsgremium mit beratenden Mitgliedern insbesondere von Kammern und Gewerkschaften und anderen gesellschaftlich relevanten Gruppen arbeitet er eng mit der Bezirksregierung als staatliche Mittelinstanz zusammen. Er ist zwar organisatorisch an die Bezirksregierung, insbesondere als Bezirksplanungsbehörde angegliedert, ist aber kein Teil von ihr. Ein kluger Jurist hat den Rechtsstatus des früheren Bezirksplanungsrates wie folgt definiert:

1/2

Gleitende Arbeitszeit:
Servicezeit 08.30 - 12.00 Uhr
und 13.30 - 15.00 Uhr

Telefon:
Vermittlung 0 29 31 / 82 0
0 23 1 / 54 10 0
Lieferanschrift:
59821 Arnsberg

Internet:
<http://www.bezreg-arnsberg.nrw.de/>
E-Mail:
poststelle@bezreg-arnsberg.nrw.de

Konto der Landeskasse Arnsberg
WestLB Düsseldorf 4008 017 BLZ 300 500 00

"Der Bezirksplanungsrat ist ein nicht rechtsfähiges Zuständigkeitssubjekt mit eigenen Befugnissen, das organisatorisch in die unmittelbare Staatsverwaltung eingegliedert ist und funktional mit einer kondominialen Aufgabe ausgestattet ist."

Diese Definition gilt auch für den Regionalrat fort. Er ist daher nicht Teil der Bezirksregierung.

Speziell in den Bereichen der Gebietsentwicklungsplanung, welche die ureigenste Aufgabe des Regionalrates ist, wird ausschließlich auf die Schwerpunkte der Bezirksregierung hingewiesen, ohne auf die Zuständigkeit des Regionalrates hinzuweisen. Worin liegen die Gründe dafür?

Wie ich in meinem "Rückblicke Einblicke 03"-Vorwort ausgeführt habe, ist die Broschüre auch vor dem Hintergrund der Diskussion um die Neugestaltung der staatlichen Mittelinstanz in Nordrhein-Westfalen entstanden, um die vielfältigen Aufgaben der Bezirksregierung Arnsberg als Bündelungsbehörde, ihre Kompetenz und ihre Servicefunktion für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen darzustellen. Die Broschüre konzentriert sich daher ausschließlich auf die eigenen Zuständigkeiten der Bezirksregierung. Andere Gremien, die - wie der Regionalrat - mit der Behörde eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten, wie beispielsweise der Landschaftsbeirat, der Polizeibeirat und auch die zahlreichen Personalräte, finden daher ebenfalls keine Erwähnung.

Wie hoch ist die Auflage? Wie stellt sich der Verteiler dar?

"Rückblicke Einblicke 03" wurde in einer Auflage von 4.000 Stück erstellt. Die Broschüre haben alle ständigen Ansprechpartner und "Kunden" der Bezirksregierung, also Landesregierung, Abgeordnete, Kommunen, Kammern, Regionalrat, nachgeordnete Behörden und die Presse erhalten. Außerdem wird sie bei diversen Veranstaltungen, die die Bezirksregierung organisiert hat oder zu denen sie eingeladen wird, als Informationsmaterial ausgelegt oder verteilt.

Mit freundlichen Grüßen

(Renate Drewke)